

Wechsel.

Das Jahr fing schlecht an und endet schlecht. Der Katastrophenwinter 1927/28 brachte eine katastrophale Arbeitslosigkeit. Sie wich nur langsam. Innere- und außenpolitische Verwicklungen lähmten die Geschäftslust. Jugenberg warnte Amerika, Geld nach Deutschland zu verleihen, da es Millionen bei marzistischen Experimenten vergebe.

Es kam in Deutschland der Sturm der Republikfeinde auf die Währung.

Die Kapitalflucht war eine der schmutzigen Waffen im Kampf gegen die wirtschaftliche Behauptung der Republik. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika entstand die wilde Hausse, die das Geld im Lande bannete — und deutsches Kapital anzog —, so daß Deutschland so gut wie ganz ohne fremdes Kapital auskommen mußte. Wenn sich die deutsche Wirtschaft trotz dieser Abgrenzung vom internationalen Geldmarkt, verstärkt durch die Sabotage der deutschen „Beratungsstelle“ und durch die Kapitalflucht, während des Jahres 1929 so gut entwickelte, daß ein „prominenter“ Wirtschaftsführer auf der Tagung des Reichsverbandes eine Krise der Wirtschaft mit Recht abstreiten konnte, so ist uns das ein Beweis dafür, daß all das Schwere, das uns im abgelaufenen Jahr besahert wurde, einzig und allein die Arbeiter traf. Aber es gibt kein Land, dessen Wirtschaft so ohne weiteres auf die Milliardenaufrast von Millionen Erwerbslosen und hundelsehst begabten weiteren Millionen Arbeitern geruhig verzichten könnte.

Was die falsche Wirtschaftsführung den Millionen Arbeitern antat, das tat sie sich indirekt selber an.

Da jedoch die Wortführer der „Wirtschaft“ in Fett schwimmen, wird diese Folge der Miswirtschaft weniger offenbar als das Elend der deutschen Arbeiter, das brüllend die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsführer in alle Welt schreit. Es ist tief bedauerlich, daß durch den Ernst, mit dem man jetzt bei der Finanzdebatte die „Not der Wirtschaft“ behandelt, in weiten Kreisen die Meinung entsteht, es müsse an dieser Not doch wohl etwas Wahres sein. Die Steuern erbrüden die Wirtschaft, ist ein Gemeinplatz aller kapitalistischen Demagogen geworden. Wo bleiben denn eigentlich diese Steuern? Die Wirtschaft denunziert die teure Verwaltung. In Amerika kostet die Verwaltung je Kopf der Bevölkerung 300 Mk., in England 240 Mk., in Schweden 205 Mk., in Deutschland 180 Mk. Aber die für die Verwaltung aufgetragenen Steuern sowie alle übrigen werden nicht in den Zusturm gesteckt, sondern fliehen zurück in die Wirtschaft, sehr zum Unterschied gegen das sogenannte Eigenkapital, das zu Millionen in Betrieben bleibt, die nur zum Teil oder gar nicht (stillgelegte) ihre Produktivkraft ausnützen.

Es geht dem unverbildeten Menschenverstand nicht ein, daß das Reich bei leeren Kassen und einem Kreditdefizit von 1700 Millionen Mark eine Finanzreform zugunsten der Kapitalisten machen muß.

Wir haben an Beseitigung von Steuerarten gedacht, die schändlich wirken und deren Ertrag von der Erhebungskosten fast aufgezehrt werden. Die Entlastung des Besitzes und Neubelastung der breiten Masse wäre auch dann kaum diskutabel, wenn die Hoffnung der Regierung auf eine Belebung der Wirtschaft durch eine Steuerentlastung Aussicht auf Erfolg hätte. Wir bezweifeln diese Möglichkeit sehr stark. Soweit die Entlastung wirklich ins Gewicht fällt, wird es sich um Großbetriebe handeln, die durch Selbstfinanzierung mit Kapital übersättigt sind und die den neuen Gewinn ebenfalls nicht volkswirtschaftlich ausnützen werden. Die Arbeiter werden stets die Dummen dabei sein.

Die „Not der Wirtschaft“ ist heute selbst von den sogenannten Wirtschaftsführern preisgegeben.

Sie wurde, wie zum Hohn, in demselben Augenblick preisgegeben, als die Parlaments-Abgeordneten der Wirtschaftsratsbefehl erhielten mit der „Not der Wirtschaft“ die beantragte Steuerbefreiung der Wirtschaft durchzusetzen. Es war deshalb von Wert, daß der preussische Finanzminister seinen Kritikern einige Anhaltspunkte zur Beurteilung der deutschen Wirtschaft gab: „So herunter ist auch unsere Wirtschaft nicht, daß gar nichts mehr verdient würde. Der vierteljährliche Umsatzsteuermehrer betrug 1925 41,5 Milliarden, jetzt 55,5 Milliarden. Die Produktions-

Bekanntmachung.

An die Mitglieder des Gesamtverbandes.

Werte Kollegen!

Mit dem 1. Januar 1930 tritt die neue Großorganisation ins Leben. Damit ist auch eine Änderung des Beitragswesens verknüpft. Es werden neue Beitragsmarken mit der Firma des Gesamtverbandes herausgegeben, die für die Beitragszahlung ab 1. Januar 1930 gelten. Die Beitragsmarken der bisher selbständigen Verbände gelten nur noch für Beiträge bis einschließlich der 52. Woche dieses Jahres.

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beitragszahlung so einzurichten, daß für die 52. Woche noch vor Jahresluß gezahlt wird.

Der Verbandsvorstand.

ziffern im Bergbau sind gegenwärtig die höchsten seit dem Weltkrieg. Der Eisenbahntransportverkehr ist genau so groß wie im vorigen Jahre. Die Lage der Landwirtschaft ist nur beim rogenbauenden Großgrundbesitz hoffnungslos, sonst wesentlich gebessert. Zum erstenmal seit der Stabilisierung hat das Jahr 1929 einen statistisch nachweisbaren Rückgang in der Verschuldung der Landwirtschaft gebracht. Die Einlagen bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften wachsen regelmäßig. Die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen; aber die Zahl der arbeitenden Erwerbstätigen ist trotzdem gegenwärtig um 150 000 höher als heut vor einem Jahr. Deutschlands Ausfuhr ist ständig gestiegen und erreicht jetzt 1200 Millionen im Monat. Gegenüber der allgemeinen Mutlosigkeit und dem ruindösen Pessimismus hielt ich mich für verpflichtet, doch einmal diese Zahlen aufmarschieren zu lassen. Wir glauben nicht, daß eine „allgemeine Mutlosigkeit“ und ein „ruindöser Pessimismus“ herrschen, wohl aber ist deutlich, daß es Unternehmerskreise gibt, die zur Unterstützung ihres Raubzugs Krisenstimmung machen.

In Wirklichkeit haben die Unternehmer in aller Deffentlichkeit ihren Alarmruf „Rettet die Wirtschaft“ ersetzt durch die zynische Parole „Sicherung der Rentabilität durch Bildung von Eigenkapital“.

**Das heißt auf deutsch:
Bereichert Euch!**

Von Krise keine Spur, hieß es auf der Tagung des Reichsverbandes, nur die „Rente“ könnte höher sein. Die Dresdner Bank sagt, daß „der Anlauf von festverzinslichen oder gut fundierten Dividendenwerten dem Käufer augenblicklich doch auf Jahre hinaus eine laufende hohe Rente sichert“. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft spricht von „Bewilderungsercheinung der kaufmännischen Moral“, die durch „konjunkturelle Rückbildung“ ausgemerzt würden. Aber, „so ungünstig sich das Zusammentreffen von konjunkturellen Depressionserscheinungen (spekulativen Rückschlägen an allen Weltbörsen und eine psychologische Vertrauenskrise auswirken mag, es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß im Stimmungstiefstand, der vornehmlich an der Börse herrscht, sehr vieles übersehen wird, das zu einer vorsichtlichen Betrachtung der Lage veranlassen könnte.“ Und die Commerz- und Privatbank rühmt

die „außerordentliche Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“

und stellt fest, „daß wichtige Teile der Industrie vom dem Konjunkturrückgang nicht oder nur in geringem Maße betroffen worden sind“. Gelitten haben bisher die Betriebe, die kein Eigenkapital bilden können und die es auch nach der Steuerherabsetzung nicht werden können. Das alles wissen die sozialdemokratischen Minister auch, aber sie sind in der Mehrheit und alles was sie bei Androhung der letzten Konsequenz bisher erreichten, war lediglich eine Zügelung der bürgerlichen, arbeitersyndikalischen Rassist — wenigstens im Reichstag wurde die zivilisatorische Schminke gewahrt. Was bei dieser Reform noch herauskommt, ist kaum zu übersehen. Aber wenn der Reichsverband der Industrie nur den wesentlichen Teil seines Diktats

durchsetzt, dann sehen wir schwarz in die Zukunft. Es wird zu einer neuen Belastung der breiten Masse kommen, die einen Teil der gewerkschaftlichen Erzeugnisse wieder aufhebt. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wird dem nicht tatenlos zusehen. In einem Aufruf gegen die Katastrophepolitik sagt der DGB zum Schluß: „Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen begehrlischen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne

eine Aera neuer schwerer sozialer Kämpfe

heraufzubeschwören“. Wir haben schon häufiger gesagt, daß wir uns mit allen Mitteln gegen eine Herabdrückung der sozialen Lage unserer Kollegen wehren werden. Wir glauben allerdings nicht, daß sich dieser Kampf nur um den Lohn drehen wird. Die deutsche Wirtschaft ist bei dem Fortschritt der Rationalisierung nicht in der Lage, die Arbeitslosen wieder in den Wirtschaftsprozess einzuschalten. Im neuen Jahr wird wahrscheinlich das Washingtoner Ueber-einkommen ratifiziert werden.

Wir haben dann einen schlechten Wochentag, wenn ein guter Siebentag ein staatliche Notwendigkeit geworden ist

und eine wirtschaftliche: Denn wohin mit der Produktion, wenn sie nicht gekauft werden kann? Das Jahr 1929 stand im Zeichen der „Wirtschaft“

Es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß das Jahr 1930 im Zeichen der Arbeiter steht.

Wilhelm Knütter,

der Senior der Sektion IV, unserer Berliner Bezirksverwaltung, einer der seltenen alten Herren, die sich mit 70 Jahren noch jung fühlen, wird am ersten Weihnachtstage

75 Jahre alt.

Im Jahre 1854 wurde er als sogenannte Weihnachtsgraffitation von der hilfsreichen, weisen Frau seiner hochverehrten Eltern unter den feinsten geschmückten Tannenbaum gelegt. Ein prächtiger Feiertagsgeburtstag in des Wortes allerbesten Bedeutung. Nach Beendigung seines Studiums auf der höheren Gemeindefschule seiner Geburtsstadt Berlin bestand Wilhelm mit Glanz sein hochnotpeinliches Examen als Droßkentufler erster Klasse. Doch nicht allzu lange blieb er seiner Kostnante treu. Bald vertauschte Wilhelm seine und Peitsche mit dem Gänsefidel. Das Vertrauen seiner Berufskollegen berief ihn Anfang der 90er Jahre zum Ersten Vorsitzenden des Vereins Berliner Droßkentufler. Hier redigierte er gleichzeitig das Fachorgan „Die Fahrzeitung“. Im Jahre 1906 vollzog der Verein sodann seinen Anschluß an den damaligen Deutschen Transportarbeiter-Verband. 1910 bei der Zusammenlegung der Ortsverwaltungen zu einer einheitlichen Bezirksverwaltung wurde Wilhelm zum stellvertretenden Bezirksleiter befördert und übernahm die Kunst- und Rechtsabteilung der Organisation, in der er bis zu seiner 1925 erfolgten Ueberführung in den wohlverdienten Ruhestand mit großer Umsicht waltete. Aber auch nachher sprang Wilhelm noch sehr oft hilfsbereit ein, sobald Not am Mann war und ihn die Organisation rief.

Durch jahrzehntelange Tätigkeit in der Partei und als ehrenamtlicher Bezirksvorsteher hat er sich auch die Achtung seiner Parteigenossen erworben. Ueberall stand und steht Wilhelm Knütter seinen Mann. Niemals in seinem Leben hat er verlagert. Ein Ausnahmezeitungsfind im besten Sinne des Wortes. Nie ermüdende Arbeitsfreudigkeit, Tatkraft und uneingeschränkte Lebensbejahung sind seine hervorragenden Eigenschaften.

In voller geistiger und körperlicher Frische vollendet er jetzt das 75. Lebensjahr. Unsere herzlichsten Glückwünsche begleiten ihn heute und für sein ferneres Erdenleben.

Der Deutsche Verkehrsband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, zählt mit Stolz Wilhelm Knütter zu den Seinen und entbietet ihm, dem winterharten Weihnachtstnaben im angefangenen Haar, die herzlichsten Glückwünsche der Gesamtkollegenchaft zu seinem 75. Lebensjahr.

